

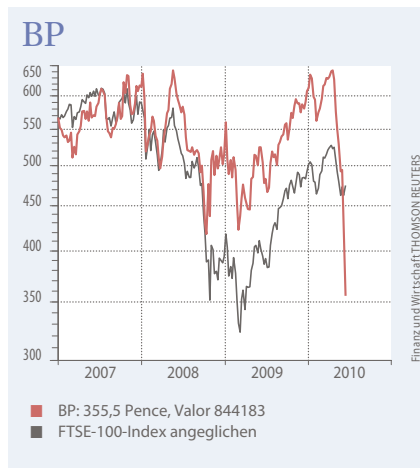
Druck der USA auf BP nimmt zu

Einrichtung eines Schadenfonds gefordert – Suspendierung der Dividende verlangt – Entzug von Förderlizenzen angedroht

MARTIN GOLLMER

Präsident Barack Obama hat sich in der Nacht auf Mittwoch in einer Fernsehansprache zum Thema Ölkatastrophe im Golf von Mexiko an die Nation gewandt. Dabei forderte er vom britischen Energiemulti BP, dass dieser ein Treuhandkonto einrichtet, aus dem Schadenersatzansprüche von Gemeinwesen, Unternehmen und Personen bezahlt werden können. Gleichzeitig gewinnt in den USA die Diskussion an Dynamik, wie BP als Verursacher einer gigantischen Ölpest bestraft werden soll.

Der von Obama anvisierte Schadenfonds soll sicherstellen, dass BP in ihrer Finanzplanung nicht nur die Interessen ihrer Aktionäre (denen im vergangenen Jahr Dividenden in der Höhe von insgesamt 10,4 Mrd. \$ ausgerichtet wurden) berücksichtigt, sondern auch die legitimen Ansprüche von Regierungen aller Ebenen, Betrieben und Individuen, die durch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zu Schaden kamen und noch kommen. Damit diese Ansprüche nicht kleiner werden können, soll die Verwaltung des Fonds einer unabhängigen dritten Stelle übertragen werden. Wie viel Geld BP in den Fonds einschiesse soll,



blieb vorerst unklar. US-Parlamentarier haben in einem Brief an das Unternehmen die Summe von 20 Mrd. \$ gefordert. Schätzungen von Banken, was die Ölkatastrophe BP kosten könnte, gehen – inklusive Bussen – von 12 bis 40 Mrd. \$.

Obama trifft BP-Spitze

Obama will seinen Treuhandkontoplan am Mittwoch an einem Treffen mit den BP-Topmanagern Carl-Henric Svanberg (Chairman) und Tony Hayward (CEO)

USA für BP wichtig	
	US-Anteil in %
Rechte an Land-/Seeflächen	
– entwickelt	51
– unentwickelt	12
Reserven	
– Öl	29
– Gas	34
Produktion	
– Öl	26
– Gas	27
Petrochemieoutput	25
Raffineriekapazität	55
Tankstellen	51
Umsatz	33
Betriebsgewinn (Ebit)	19
investiertes Kapital	38
Personal	28
Aktionäre	39

Quelle: Société Générale

diskutieren. Der Verwaltungsrat des Konzerns hat sich an einer Telefonkonferenz am Montag auf dieses Treffen vorbereitet. An der Konferenz wurde auch diskutiert, was mit der Dividende geschehen soll. Obama und US-Parlamentarier fordern eine Einstellung der Ausschüttungen, solange die Kosten für die Aufräumarbeiten und die Schadenersatzansprüche nicht bezahlt sind. CEO Hayward hatte zuletzt gesagt, BP habe die finanzielle Kraft, beides zu tun – die Kosten der Ölkatastrophe zu tragen und die Dividende zu zah-

len. Gemäss Schätzungen der britischen Bank Barclays Capital erwirtschaftet der Energiemulti in den nächsten Jahren freie Cashflows zwischen 12 und 19 Mrd. \$.

Angesichts des starken politischen Drucks aus den USA sagte er aber auch, BP sei bereit, alle Optionen zu prüfen. Dem Vernehmen nach diskutierte der Verwaltungsrat des Konzerns eine Suspendierung der Dividende für zwei Quartale, eine Auszahlung der Dividende in Bonusaktien statt in bar oder die Einzahlung der Dividende auf ein Treuhandkonto, das so lang gesperrt bliebe, bis die Kosten der Ölkatastrophe beglichen sind. Was der Verwaltungsrat entschieden hat, könnte schon am Treffen von Svanberg und Hayward mit Obama bekannt werden.

In den USA ist inzwischen eine Diskussion angelaufen, wie BP als Verursacher der Ölkatastrophe bestraft werden könnte. Dabei werden auch über hohe Bussen hinausgehende Strafen ins Feld geführt. Eine vergleichsweise geringe Strafe wäre die Aberkennung des Betreiberstatus bei Offshore-Förderprojekten. Dies würde bedeuten, dass BP seine Mehrheitsbeteiligung an solchen Vorhaben abtreten müsste, aber weiter Öl fördern könnte.

Weiter ginge ein vollständiger Lizenzentzug zur Ölförderung im Golf von Mexiko. BP betreibt dort unter anderem die zweitgrösste US-Bohrinsel «Thunder Horse». Auch die BP-Lizenzen in Prudhoe Bay in Alaska könnten zum Thema werden. Neben dem Entzug bestehender Lizenzen wäre die Verweigerung neuer Lizenzen eine weitere Strafmassnahme. Darüber hinaus gibt es Forderungen, den Energiemulti in Zukunft von öffentlichen Aufträgen auszuschliessen. BP ist der grösste Treibstofflieferant des US-Verteidigungsministeriums; das Auftragsvolumen betrug zuletzt 2,1 Mrd. \$.

Fitch stuft BP herab

Solche Strafen könnten BP empfindlich treffen. Denn die USA sind wichtig für das Geschäft des britischen Konzerns (vgl. Tabelle). BP erwirtschaftet dort 33% ihres Umsatzes sowie 19% ihres Betriebsgewinns und hat in den Vereinigten Staaten 38% ihres Kapitals investiert.

Solange solche Strafaktionen bestehen und solange die Kosten der Ölkatastrophe nicht bekannt sind, sind BP-Aktien nicht zu empfehlen. Auch die Unsicherheit in Bezug auf die Dividende lässt es als ratsam erscheinen, die Hände vorerst von den Titeln zu lassen. Dass die Risiken in BP steigen, zeigt auch, dass die Ratingagentur Fitch die Kreditwürdigkeit des Energiemultis von AA auf BBB herabgestuft hat.



Der Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems erfordert Zeit, betont Peter Voser.

«CO₂ braucht einen Preis»

Shell-CEO Voser zum Energiemarkt

Der zunehmende Energiebedarf und die damit verbundenen Umweltbelastungen fordern die Industrie und die Regierungen beziehungsweise die Gesellschaft gleichermaßen heraus. Der niederländisch-britische Öl- und Gaskonzern Royal Dutch Shell rechnet damit, dass sich das Nachfragewachstum weiter beschleunigen wird und der Energieverbrauch im Jahr 2050 doppelt so hoch sein dürfte wie heute.

«Eine Angebotsverknappung besonders beim Öl ist in den kommenden Jahrzehnten nur mit grossen Anstrengungen zu vermeiden», erläuterte der CEO der Shell-Gruppe, Peter Voser, in einem Vortrag über die globalen Entwicklungen im Energiesektor vergangene Woche im UBS-Konferenzzentrum Wolfsberg am Bodensee. Die Verfügbarkeit fossiler Energieträger werde mit dem steigenden Bedarf schwer Schritt halten: «Daher benötigen wir alle Energieträger: schwierige Öl- und Gasvorkommen, Kohle, Kernkraft und erneuerbare Energien.»

Verschiedene Szenarien

Welche Beiträge können Regierungen und Unternehmen wie Shell leisten, um mehr Energie bereitzustellen und die Auswirkungen auf die Umwelt zu begrenzen? Voser ging der Frage anhand von zwei Szenarien nach: im ersten, Scramble genannt, dominiert Energienationalismus. Die Regierungen handeln im Alleingang und reagieren lediglich auf aktuelle Probleme. Nachhaltige Massnahmen werden dadurch hinausgezögert.

Shell hingegen setzt sich dafür ein, dass in der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik die unterschiedlichen Interessengruppen grenz- und sektorübergreifend nach Antworten suchen und sich auf einen globalen Regulierungsrahmen verständigen. Im so genannten Blueprints-Szenario würde gemäss Voser 2050 ein Zehntel weniger Energie verbraucht als in Scramble, und die CO₂-Emissionen wären 30% niedriger. «Unser Blueprints-Szenario zeigt, dass bis zur Mitte des Jahrhunderts 30% des weltweiten Energiebedarfs durch Wind, Solar und andere erneuerbare Energien gedeckt werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden aber grosse Anstrengungen und Investitionen nötig sein.»

Kein schneller Ausweg

Wegen der Komplexität der weltweiten Energieinfrastruktur brauchen Veränderungen Zeit. Shell hat festgestellt, dass es typischerweise dreissig Jahre dauert, bis eine neue Technologie, nachdem sie wirtschaftliche Reife erlangt hat, 1% des weltweiten Energiemarkts erobert. Biokraftstoffe haben mittlerweile einen solchen Anteil am Ölmarkt.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiezukunft gibt es weitere Herausforderungen: «Auch CO₂-arme Energietechnologien benötigen mineralische Rohstoffe», gab Voser zu bedenken. «Windturbinen beispielsweise brauchen doppelt so viel Stahl wie nötig ist, um die gleiche Menge Strom in einem gasbetriebenen Kraftwerk zu erzeugen.»

Subventionen können die Einführung neuer Technologien beschleunigen, doch längerfristig müssen sie auf eigenen Füßen stehen, betonte der Shell-Chef und führte aus: «Wenn CO₂-arme Technologien grossflächig eingeführt werden sollen, muss ein Preis für CO₂ oberste Priorität haben.» Das sei der beste Weg, Privatinvestitionen in die Entwicklungs- und Schwellenländer zu leiten. **OP**



In den USA wird diskutiert, ob BP als Strafe die Lizenz zum Betreiben der Ölbohrplattform «Thunder Horse» entzogen werden soll.

Wechselbad der Gefühle für Transocean-Anleger

US-Broker Morgan Stanley bricht Lanze für den Schweizer Ölbohrkonzern – «Titanic-Klausel» greift nicht – Run auf Aktien am Montag?

JAN SCHWALBE

Endlich gute Nachrichten für die Anleger von Transocean: Morgan Stanley prognostiziert, dass der Aktienkurs des Schweizer Ölbohrkonzerns innerhalb von zwölf Monaten auf 105 \$ steigt und sich damit mehr als verdoppelt. Der US-Broker rechnet einerseits damit, dass die Auswirkungen des Bohrverbots in Tiefen von über 150 Meter im Golf von Mexiko für Transocean geringer sind als für einige Konkurrenten. Andererseits sollen sich strenge Sicherheits-

vorschriften für die Ölbohrgesellschaften langfristig positiv auswirken.

Transocean macht 20% des Umsatzes im Golf von Mexiko. Das sind weniger als Diamond Offshore und gleich viel wie die ebenfalls in der Schweiz domizilierte Noble Corp (vgl. Grafik). Die Bohrinseln von Transocean sind neuer als die von Diamond und Noble. Das hat zur Folge, dass die modernen 5G- und 6G-Inseln auch ausserhalb des Golfs gefragt sind.

Seit dem Teilverbot bohren im Golf von Mexiko statt 46 nur noch 20 Bohrinseln.

Für Transocean hat das jedoch kaum Konsequenzen. Die meisten Verträge laufen noch über mehrere Jahre. Ausstiegszahlungen sind hoch. Morgan Stanley geht davon aus, dass das Bohrverbot nach höchstens achtzehn Monaten aufgehoben wird. Zudem gibt es erste Prozesse gegen das Verbot, die nicht chancenlos sind.

Auch Vorteile für Transocean

Auch die schärferen Sicherheitsvorschriften haben nach Meinung des US-Brokers Vorteile. Längere Testphasen und strengere Aufsicht verzögern die Arbeiten. Das würde die Dauer der Miete der Bohrinseln verlängern. Negativ wird sich der erhöhte Preisdruck in der Branche auswirken. Auch da macht Morgan Stanley einen Silberstreif am Horizont aus. Der Broker weist darauf hin, dass sich der Effekt wegen der gefüllten Auftragsbücher erst in einigen Jahren bemerkbar machen wird.

Einen Rückschlag musste Transocean vor Gericht hinnehmen. Die Haftung in Zusammenhang mit der Ölpest kann nicht durch die «Titanic-Klausel» auf 27 Mio. \$ begrenzt werden. Das Unternehmen akzeptiert, dass die Gesetzgebung, allen voran der Oil Pollution Act, zur Anwendung kommt. So werden Klagen der US-Regie-

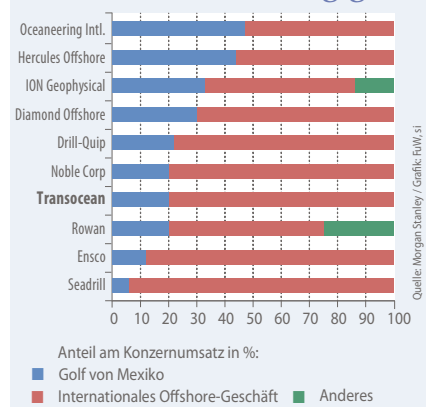
rung und der Bundesstaaten einfacher. Der Konzern hatte sich Mitte Mai darauf berufen, dass der Besitzer des Luxus Schiffes nach dem Untergang 1912 erfolgreich geltend gemacht hatte, nur für den Wert des Dampfes aufzukommen. Der Schadenersatz musste vom Organisator der Schifffahrt bezahlt werden. Als Reaktion darauf hat Transocean am zuständigen Gericht in Houston einen ergänzenden Antrag auf die Regelung des Umfangs der Haftung eingereicht.

SMI-Aufstieg als Chance

Die Aktien von Transocean haben sich in den letzten Wochen schlechter entwickelt als die Titel der Konkurrenz (vgl. Kursgrafik). Das lag vor allem an den Sorgen um Schadenersatzklagen. Die Chancen stehen dennoch nicht schlecht, dass sich die Valoren nächste Woche – zumindest vorübergehend – erholen.

Am Freitag nach Handelsschluss stiegen Transocean in den SMI auf. Spätestens am Montag müssen vor allem passive Anleger, allen voran SMI-ETF, sie in grossem Stil kaufen. Wer wie Morgan Stanley darauf setzt, dass Transocean vom Markt zu hart bestraft wurde, sollte die Papiere deshalb noch diese Woche erwerben.

Beschränkte Abhängigkeit



Transocean

